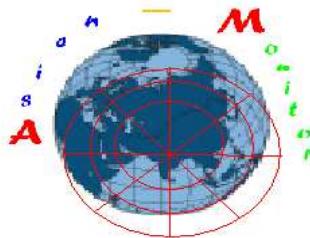




WESTFÄLISCHE
WILHELMS - UNIVERSITÄT
Institut für Politikwissenschaft
Professur für die Politik Südostasiens



ASIEN-MONITOR 1/2011

Der ASIEN-MONITOR analysiert und bewertet regelmäßig aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Asien und greift dabei auf die in Münster versammelte Expertise (Politikwissenschaft, Ethnologie, Geschichte, Sinologie) zurück. Er wird von der Professur für die Politik Südostasiens am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster unter der Leitung von Prof. Dr. Susanne Feske veröffentlicht.

Sven Bernhard Gareis

Taiwan nach den Wahlen – Kontinuität im Verhältnis zur Volksrepublik

Statt des erwarteten Kopf-an-Kopf-Rennens nach einem intensiven und mit durchaus harten Bandagen geführten Wahlkampf war das Ergebnis der am 14. Januar 2012 in der Republik China (Taiwan) durchgeführten Wahlen recht eindeutig: Präsident Ma Ying-jeou sicherte sich mit 51,6 Prozent der Stimmen eine zweite Amtszeit, seine nationalchinesische Kuomintang (KMT) errang 56 Prozent und 64 der 113 Sitze im Legislativ-Yuan, dem taiwanischen Parlament. Seine Herausforderin Tsai Ing-wen von der Democratic Progress Party (DPP) kam auf 45,6 Prozent, ihre DPP erhielt 35,4 Prozent und damit 40 Parlamentssitze. James Soong, der Mitbewerber aus Ma's eigenem ‚pan-blauen‘ Lager, landete mit 2,7 Prozent abgeschlagen auf Platz drei.

Wie bei den allermeisten demokratischen Wahlen waren auch in Taiwan klassische Themen der Innenpolitik wie der Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Lage, Agrarsubventionen oder die Immobilienpreise von entscheidender Bedeutung. Im Ausland hingegen waren die Blicke fast ausschließlich auf die möglichen Auswirkungen des Wahlausgangs auf das Verhältnis der kleinen Inselrepublik zum übermächtigen chinesischen Festland gerichtet: Würde Ma Ying-jeou, der 2008 mit einem Erdrutschsieg das Präsidentenamt für die KMT zurückgewann, ein weiteres Mandat für die Fortsetzung seiner Politik der vorsichtigen Annäherung an die Volksrepublik erhalten? Oder würde mit der DPP-Vorsitzenden Tsai eine stärker an der Souveränität und faktischen Unabhängigkeit Taiwans orientierte Politikerin an die Macht kommen – was eine erneute Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden Chinas bedeuten könnte?

Mit dem Wahlergebnis stehen die Zeichen zunächst auf Kontinuität. Ma Ying-jeou hat in seiner ersten Amtszeit rasch eine Reihe wichtiger Abkommen mit der Volksrepublik geschlossen, voran die Etablierung direkter Verkehrsverbindungen, Besuchsmöglichkeiten für Festlandchinesen auf der Insel, Zusammenarbeit im Finanz- und Justizbereich. Von besonderer Bedeutung ist das 2010 besiegelte Economic Cooperation Framework Agreement (ECFA), eine Art vorsichtiges Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik, das jedoch auch

Taiwans Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der von der Volksrepublik dominierten südostasiatischen Freihandelszone erleichtert. Die zuvor besonders im ökonomischen Bereich engen Verflechtungen zwischen Insel und Festland sind so weiter ausgebaut und intensiviert worden.

Vor allem aber gelang es ihm, die unter seinem Vorgänger Chen Shui-bian immer wieder sehr gespannten Beziehungen zum Festland zu normalisieren. Auf der Grundlage des sogenannten ‚Konsenses von 1992‘, der von einem China über dessen politische Ordnung unterschiedliche Interpretationen existieren, konnte mithilfe solcher technisch-funktionaler Verträge eine politische Stabilität über die Taiwan-Straße hinweg erreicht werden, welche die Kriegsgefahr weitestgehend gebannt haben dürfte. Mas Absage an eine einseitige Unabhängigkeitserklärung ließen Kriegsdrohungen seitens des Festlandes gegenstandslos werden; es bestehen berechtigte Hoffnungen, den Status quo im Verhältnis beider Chinas in einen langfristigen *modus vivendi* zu überführen, der auch größere internationale Handlungsspielräume für Taiwan - etwa im Bereich von Unterorganisationen der VN – eröffnen könnte.

Allerdings: Ma hat zwar die Wahlen gewonnen, das Ergebnis für Tsai Ing-wen hat aber gezeigt, dass ein großer Teil der taiwanischen Bevölkerung einer allzu raschen Annäherung an die Volksrepublik skeptisch gegenüber steht. Die DPP und die mit ihr im ‚pan-grünen‘ Lager verbündete Taiwan Solidaritäts-Union (TSU) haben um gut 14 Prozent zugelegt, das blaue Lager um die KMT dagegen mehr als 13 Prozent verloren. Tsai appellierte offenbar erfolgreich an die bestehenden Sorgen, um einer immer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit willen demokratische und menschenrechtliche Errungenschaften preiszugeben, die zum wichtigen Bestandteil einer in mehr als sechzig Jahren gewachsenen Taiwan-Identität geworden sind. Tsai Ing-wen und die DPP verlangten daher zunächst die Herausbildung eines Taiwan-Konsenses in Gestalt einer Selbstverständigung der Taiwaner über ihre eigene Position, um auf dieser Grundlage dann die Beziehungen zur Volksrepublik auszustalten.

Die Volksrepublik hält jedoch unnachgiebig an ihrem Ein-China-Prinzip fest, nach welchem Taiwan ein integraler Bestandteil der Volksrepublik ist, dem auf Grundlage der Formel ‚Ein Land – Zwei Systeme‘ ein hohes Maß an Selbstbestimmung eingeräumt werden könne. Während Beijing also klare Vorstellungen von der Finalität der Annäherung in der Taiwan-Straße hat, besteht auf der Insel Einigkeit im Wesentlichen nur darüber, dass dieser den ehemaligen Kolonien Hongkong und Macao gewährte Status nicht hinnehmbar ist. Wo sich die Inselrepublik jedoch zwischen den Polen ‚Wiedervereinigung‘ und ‚Unabhängigkeit‘ verorten soll, bleibt in der politischen Debatte in Taiwan weiter offen.

Mit dem klaren Wahlsieg im Rücken kann Ma seinen Kurs der kleinen Schritte gegenüber dem Festland weitergehen – muss dabei aber weiterhin für eine breite gesellschaftliche Zustimmung in Taiwan werben. Ob damit jedoch substanzelle Annäherungen in den großen Themenfeldern wie der Form und Reichweite gegenseitiger Anerkennung oder gar der Akzeptanz einer taiwanischen Souveränität erreicht werden können, wird sich zeigen müssen. Die Führung in Beijing geht davon aus, dass die Zeit für sie arbeitet und betrachtet daher einen auch längerfristigen *modus vivendi* als Übergangsphase hin zu einer schlussendlichen Wiedervereinigung unter friedlichen Vorzeichen. Angesichts des Veränderungsdrucks, dem auch das politische System der Volksrepublik unterliegt, könnte eine solche Wiedervereinigung in einigen Jahrzehnten dann jedoch zu Bedingungen stattfinden, die auch für Taiwan und seine sich festigende Demokratie akzeptabel sind. Immerhin wird Taiwans Weg von einer Militärdiktatur hin zu einer offenen Gesellschaft auch auf dem Festland wahrgenommen und entfaltet dort einen gewissen Vorbildcharakter, etwa wenn es um politische Beteiligungsrechte oder Rechtsstaatlichkeit geht.

Wie immer sich die Beziehungen über die Taiwan-Straße in Zukunft entwickeln werden: Die pragmatische Kooperation der letzten Jahre hat zu größerer Stabilität und friedlicheren

Beziehungen zwischen beiden Chinas geführt und damit zumindest die Chance für weitere Annäherungen geschaffen. An dieser Politik festzuhalten liegt auch künftig im gemeinsamen Interesse Taiwans und der Volksrepublik.

AUTOR:

Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis

Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis ist Deputy Dean am George C. Marshall European Center for Security Studies und hält sich regelmäßig zu Forschungszwecken in der VR China und Taiwan auf.

HERAUSGEBER:

Prof. Dr. Susanne Feske, ifpol

Prof. Dr. Susanne Feske ist Professorin für die Politik Südostasiens am Institut für Politikwissenschaft der Uni Münster. Susanne Feske leitet zusammen mit Prof. Dr. Jos Platenkamp vom Institut für Ethnologie die Forschungsgruppe „Global Problems and their Local Management“ an der Graduate School of Politics. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Ost- und Südostasien, Rüstungskontrolle und Theorien der Internationalen Beziehungen.

Stephan Engelkamp, ifpol

Stephan Engelkamp hat Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Münster und Straßburg studiert und promoviert an der Graduate School of Politics zu traditionellen Herrschaftskonzepten in Südostasien.

Björn Goldstein, ifpol

Björn Goldstein hat Politikwissenschaft und Sinologie in Bochum, Münster und Shanghai studiert und promoviert zu Autoritarismus und Retraditionalisierung.

KONTAKT:

WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER

INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT

Scharnhorststraße 100, 48151 Münster

Sekretariat: (0251) 83 – 25396, Telefax: (0251) 83 - 29356

Durchwahl: (0251) 83 – 25319, Telefon (privat): (0251) 2652068

Email: feske@uni-muenster.de,

Internet: www.ifpol.de und www.uni-muenster.de/GraSP/forschung/gruppen/transformation.html